

Protokoll über die 3. öffentliche Sitzung des Rates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 01.03.2022
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 21:28 Uhr
Ort, Raum: Mensa der IGS Krummhörn-Hinte, Bunter Weg 15,
26736 Krummhörn

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Heiko Ringena

Bürgermeisterin

Frau Hilke Looden

Mitglieder

Herr Garrelt Agena

Herr Stephan Artmann

Herr Niklas Baumann

Frau Nadine Booken

Frau Astrid Brants

Herr Friedhelm Bruns

Herr Theodor Cirksena

Frau Imke Deterts

Herr Alfred Jacobsen

bis TOP 21

Herr Klaus Keller

Herr Andreas Kirchhoff

Herr Jens-Martin Kromminga

Herr Jan Looden

Herr Ralf Ludwig

Frau Marion Niebergall

Herr Roelf Odens

Herr Frank Schoof

Herr Johann Schüller

Herr Willi Schunke

Herr Focko Smit

Herr Johann Wienbeuker

Herr Reiner Willms

Herr Frank Wübbena

von der Verwaltung

Herr Jan Alberts, Gemeindeamtman

Herr Erik Baumann, Auszubildender

Herr Wolfgang Beek, Fachbereichsleiter

Frau Insa Dirksen, stv. Fachbereichsleiterin

Frau Ina Droll-Dannemann, Fachbereichsleiterin

Herr Fritz Harders, Pressesprecher

Frau Heike Klaassen, Fachbereichsleiterin

Frau Hella Peters, stv. Fachbereichsleiterin

Protokollführerin

Frau Ilona Baumann

Abwesend (entschuldigt):

Mitglieder

Frau Lara Dreessen
Herr Joachim Eertmoed
Frau Tanja Fiedler
Herr Paul Hörnke

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung der Anwesenden,
Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung,
Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

2. Genehmigung der Niederschrift der 2. Sitzung des Rates vom
07.12.2021

3. Einwohnerfragestunde

4. Wahl der bis zu drei ehrenamtlichen Stellvertreterinnen oder
Stellvertreter der Bürgermeisterin gem. § 81 Abs. 2 NKomVG
Vorlage: 2021/005

5. Feststellung des Grundmandats für die Partei "Bündnis 90/Die
Grünen" in den Ausschüssen Klima- und Umwelt, Finanz-
und Personal, sowie VA
Vorlage: 2021/082

6. Änderung der Geschäftsordnung vom 11.11.2021 für den Rat,
den Verwaltungsausschuss und die Ratsausschüsse
Vorlage: 2021/083

7. Feststellung des Jahresergebnisses 2014 der Gemeinde
Krummhörn, Beschluss über die über- und

außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen 2014,
Zuführung des Jahresüberschusses zur Überschussrücklage
und Entlastungserteilung für den Bürgermeister
Vorlage: 2021/063

8. Ortsvorsteher für die Ortschaft Canum
Vorlage: 2021/038

9. Ortsvorsteher für die Ortschaft Woltzeten
Vorlage: 2021/070

10. Zahlung einer monatlichen Aufwandsentschädigung für
Schiedspersonen in der Gemeinde Krummhörn
Vorlage: 2021/062

11. Verkauf von Erbbaugrundstücken
Vorlage: 2021/046

12. Neuaufstellung eines Bebauungsplans Nr. 0539 "Feuerwehr
Nord" in Greetsiel und 31. Änderung des
Flächennutzungsplans im Parallelverfahren
Vorlage: 2021/048

13. Aufstellung eines Bebauungsplans und Änderung des
Flächennutzungsplans im Parallelverfahren für den Bereich
„Vereinsheim Yachtclub Greetsiel“
Vorlage: 2021/045

14. Fortschreibung des Förderprogramms der Gemeinde
Krummhörn
Vorlage: 2021/047

- 15.** Antrag der Gruppe CDU/S.W.K. vom 17.02.2022
Vorlage: 2021/087

- 16.** Antrag der SPD-Fraktion: Personal für Lese- u.
Hausaufgabenhilfe - "Aufholen nach Corona"
Vorlage: 2016/552

- 17.** Antrag der SPD-Fraktion; Entwicklung einer Richtlinie zur
finanziellen Unterstützung der Vereine nach der Corona-
Pandemie
Vorlage: 2016/569

- 18.** Antrag der SPD, Ortsbeleuchtung am neuen Rad- und
Fußweg an der L 4
Vorlage: 2021/042

- 19.** Antrag der SPD Fraktion: Erhöhung des Berichtswesens
durch die Kämmerin der Gemeinde Krummhörn an die
Ratsmitglieder
Vorlage: 2021/058

- 20.** Antrag der fbl-Fraktion auf Änderung der Bauleitplanung (B-
Plan 0530) in Greetsiel im Bereich Klaus-Störtebeker-
Weg/Edzard Cirksena Straße
Vorlage: 2016/460

- 21.** Antrag der fbl-Fraktion auf Erlass einer Veränderungssperre
nach § 14 BauGB für den Bebauungsplan Nr. 0530
Vorlage: 2021/089

- 22.** Antrag der Bündnis90 / DIE GRÜNEN; Berichterstattung
durch Herrn de Vries, Klimaschutzmanager des Landkreises
Aurich, sowie Antrag auf Erstellung eines

Klimaschutzkonzeptes durch die Verwaltung
Vorlage: 2021/020

- 23.** Antrag der S.W.K. Fraktion, Einrichtung eines Spielplatzes (Freizeitfläche) in der Ortschaft Pewsum
Vorlage: 2021/043
- 24.** Antrag der S.W.K. Fraktion, Planung der Erweiterung des Baugebietes "Escherweg", Pewsum
Vorlage: 2021/044
- 25.** Antrag aller Fraktionen: Beteiligung an den Planungskosten für den Bürgerradweg an der L4 zwischen Grimersumer-Neuland und der K 223 (Störtebekerstraße)
Vorlage: 2021/061
- 26.** Antrag des Ratsmitglieds Andreas Kirchhoff auf Freigabe zur Bebauung der Flächen im Bereich der Äußeren Ringstraße und Lange Lohne in Rysum
Vorlage: 2021/035
- 27.** Satzung für die Freiwillige Feuerwehr in der Gemeinde Krummhörn.
Vorlage: 2021/088
- 28.** Antrag der Bündnis90/ Die GRÜNEN; Vortrag durch den Leiter des Dezernates Biosphärenreservat der Nationalparkverwaltung, Jürgen Rahmel, über die Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer und möglichen Beitritt
Vorlage: 2021/031
- 29.** Bericht der Bürgermeisterin

- 30.** Beantwortung der schriftlich eingereichten Anfragen

- 31.** Wünsche und Anregungen

- 32.** Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

- 33.** Schließung der öffentlichen Sitzung

zu 1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung der Anwesenden, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Ringena eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Ratsvorsitzender Ringena verliest vorab eine Erklärung im Zusammenhang mit dem Angriff Putins auf die Ukraine.

Zur Tagesordnung gibt Ratsvorsitzender Ringena an, dass der TOP 21 gestrichen wird. Stattdessen wird der Antrag der fbl-Fraktion auf Erlass einer Veränderungssperre behandelt. Außerdem wird der Antrag des Ratsmitglieds Andreas Kirchhoff auf Freigabe zur Bebauung der Flächen im Bereich der Äußeren Ringstraße und Lange Lohne in Rysum behandelt. Die Tagesordnung wird zudem um die Satzung für die Freiwillige Feuerwehr in der Gemeinde Krummhörn und um den Antrag der Bündnis90/ Die GRÜNEN auf Beitritt in die Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer erweitert.

Die Änderung der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

zu 2. Genehmigung der Niederschrift der 2. Sitzung des Rates vom 07.12.2021

Die Niederschrift über die 2. Sitzung des Rates vom 07.12.2021 wird einstimmig genehmigt.

zu 3. Einwohnerfragestunde

- a) Herr Voß, der als Zuschauer anwesend ist, möchte zur vorherigen Sitzung etwas beitragen.

Ratsvorsitzender Ringena gibt an, dass sich zum jetzigen Zeitpunkt die Einwohnerfragestunde auf die aktuellen Tagesordnungspunkte der aktuellen Sitzung bezieht. Die Änderung des Tagesordnungspunktes steht heute zur Beratung an.

Herr Voß gibt zur vorherigen Sitzung an, dass ihm im Feuerschutzausschuss die Fragestellung nicht erlaubt wurde. Die Beantwortung der Bürgermeisterin wurde zudem nicht erlaubt. Herr Voß möchte im Namen vieler Bürgerinnen und Bürger in Freepsum wissen, warum im Feuerwehrhaus Freepsum Licht

brennt. Darauf habe er keine Antwort erhalten. Herr Voß fragt an, ob das richtig gewesen sei oder ein Verstoß gegen das Kommunalverfassungsgesetz.

Ratsvorsitzender Ringena gibt an, dass Rechtsgrundlage die Geschäftsordnung sei.

- b) Frau Oldewurtel fragt an, ob es Informationen zum diesjährigen Osterfeuer gibt.

Ratsvorsitzender Ringena antwortet, dass Bürgermeisterin Looden dazu später informieren werde.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

**zu 4. Wahl der bis zu drei ehrenamtlichen Stellvertreterinnen oder Stellvertreter der Bürgermeisterin gem. § 81 Abs. 2 NKomVG
Vorlage: 2021/005**

- a) Ratsmitglied Odens gibt an, dass der Tagesordnungspunkt Bestandteil der letzten Ratssitzung war. Er fragt in Richtung SPD-Fraktion, ob ein/e weitere/r Stellvertreter/in der Bürgermeisterin benannt werde. Falls nicht, schlägt er vor, es zunächst dabei belassen, dass es zwei stv. Bürgermeister gebe. Sollten sich die Veranstaltungen häufen, würde er über die Angelegenheit erneut beraten wollen.

Ratsmitglied Jacobsen erläutert, dass die SPD-Fraktion beantragt habe, auf den 3. stv. Bürgermeister zu verzichten. Der Antrag sei jedoch abgelehnt worden. Die SPD-Fraktion werde allerdings keine/n stv. Bürgermeister/in stellen.

Bürgermeisterin Looden informiert, dass in der Ratssitzung beschlossen wurde, über den Tagesordnungspunkt erneut zu beraten. Wenn keine weitere Person nominiert werden soll, werde der Tagesordnungspunkt erst wieder vorgebracht, wenn sie das Signal aus der Politik erhalte.

Der Rat stellt einstimmig fest:

Eine dritte Person wird als ehrenamtliche Stellvertreterin bzw. Stellvertreter der Bürgermeisterin nicht benannt.

Der Tagesordnungspunkt wird erneut beraten, wenn der Bedarf aus der Politik signalisiert werde.

- zu 5. **Feststellung des Grundmandats für die Partei "Bündnis 90/Die Grünen" in den Ausschüssen Klima- und Umwelt, Finanz- und Personal, sowie VA**
Vorlage: 2021/082

Bürgermeisterin Looden informiert, dass die Beschlussfassung reine Formsache sei.

Der Rat stellt einstimmig fest, dass Herr Garrelt Agena für die Partei Bündnis 90/Die Grünen in folgenden Ratsausschüssen der Gemeinde Krummhörn ein Grundmandat gem. § 71 Abs. 4 S. 1 NKomVG wahrnimmt und seine Vertretung von Frau Tanja Fiedler übernommen wird:

- a) Verwaltungsausschuss**
- b) Klima- und Umweltausschuss**
- c) Finanz- und Personalausschuss**

- zu 6. **Änderung der Geschäftsordnung vom 11.11.2021 für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ratsausschüsse**
Vorlage: 2021/083

Bürgermeisterin Looden erläutert den Tagesordnungspunkt. Aus der Ratsmitte wurde der Wunsch geäußert, nun doch eine Einwohnerfragestunde zur vorhergegangenen (letzten) Sitzung vorzusehen.

- a) Ratsmitglied Odens ergänzt, dass überraschenderweise der Tagesordnungspunkt im Feuerschutzausschuss erstmalig mit aufgenommen wurde. Die Möglichkeit, Einwohner das Wort zur vorhergegangenen Sitzung zu erteilen, fand er sehr positiv. Die Geschäftsordnung gab dies jedoch nicht her. Daher muss die Geschäftsordnung dahingehend geändert werden.

Der Rat beschließt einstimmig, dass § 5 (Sitzungsverlauf) der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Krummhörn vom 11.11.2021 folgende Fassung erhält:

Der regelmäßige Sitzungsverlauf ist folgender:

- a) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

- b) Genehmigung der Niederschrift über die vorhergegangene (letzte) Sitzung**
- c) Einwohnerfragestunde zur vorhergegangenen (letzten) Sitzung**
- d) Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**
- e) Beratung und Beschlussfassung über die in der Tagesordnung bezeichneten Angelegenheiten**
- f) Anträge**
- g) Bericht der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten**
- h) Anfragen**
- i) Wünsche und Anregungen**
- j) Einwohnerfragestunde (bei Bedarf)**
- k) Schließung der Sitzung**

Bürgermeisterin Looden informiert, dass die Einwohnerfragestunde zur vorhergegangenen (letzten) Sitzung mit aufgenommen werde und zusätzlich die Einwohnerfragestunde zu den aktuellen Tagesordnungspunkten, die zur Beratung stehen.

Ratsvorsitzender Ringena bittet darum, dass die Einwohner künftig ausschließlich unter den dafür vorgesehenen Tagesordnungspunkten das Wort erhalten. Die Einwohnerfragestunde sollte nur in Ausnahmefällen zwischendurch eröffnet und vorgezogen werden.

- a) Ratsmitglied Agena fragt an, ob sich anwesende Ratsmitglieder, die als Zuschauer an Sitzungen teilnehmen, zu Wort melden dürfen.

Ratsvorsitzender Ringena antwortet, dass dies erlaubt sei.

Bürgermeisterin Looden ergänzt, dass Ratsmitglieder, die nicht dem Ausschuss angehören, bei den Sitzungen dabei sein dürfen. Ratsmitglieder dürfen sich an der Diskussion beteiligen, wenn ein Antrag zur Beratung steht, der vom jeweiligen Ratsmitglied gestellt wurde. Ansonsten dürfen Ratsmitglieder sich äußern, wenn vom Vorsitzenden das Wort erteilt wird. An der grundsätzlichen Diskussion dürfen sich die Ratsmitglieder nicht beteiligen.

**zu 7. Feststellung des Jahresergebnisses 2014 der Gemeinde Krummhörn, Beschluss über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen 2014, Zuführung des Jahresüberschusses zur Überschussrücklage und Entlastungserteilung für den Bürgermeister
Vorlage: 2021/063**

Der Rat folgt der Beschlussfassung des Verwaltungsausschusses einstimmig:

1.

Der Rat beschließt gemäß §§ 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG den Jahresabschluss der Gemeinde Krummhörn für das Haushaltsjahr 2014

2.

Der Rat beschließt die in der Jahresrechnung aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2014

3.

Der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses werden 1.635.378,86 € zugeführt.

Der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses werden 64.234,37 € zugeführt.

4.

Gemäß §§ 58 Abs. 1 Nr. 10 i. V. m. 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG wird die Entlastung dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2014 erteilt.

**zu 8. Ortsvorsteher für die Ortschaft Canum
Vorlage: 2021/038**

Der Rat beschließt einstimmig:

Auf Vorschlag der SPD-Fraktion wird Herr Feike van Ellen, geb. 30.10.1964, wohnhaft in Canum, Canumer Kirchstraße 4, zum Ortsvorsteher für die Ortschaft Canum bestimmt. Herr van Ellen ist für die restliche Dauer der Wahlperiode in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen.

**zu 9. Ortsvorsteher für die Ortschaft Woltzeten
Vorlage: 2021/070**

Der Rat beschließt einstimmig:

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion wird Frau Gertrud Rantzen, geb. 23.09.1958, wohnhaft in Woltzeten, Roseneck 4, zur Ortsvorsteherin der Ortschaft Woltzeten bestimmt. Frau Rantzen ist für die restliche Dauer der Wahlperiode 2021/2026 in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen.

- a) Bürgermeisterin Looden informiert, dass die Ernennung von Herrn van Ellen am 02.03.2022 und von Frau Rantzen am 12.04.2022 stattfindet.

- zu 10. **Zahlung einer monatlichen Aufwandsentschädigung für Schiedspersonen in der Gemeinde Krummhörn
Vorlage: 2021/062**

Der Rat beschließt einstimmig:

Es wird eine monatliche pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 25,00 Euro an die Schiedsperson der Gemeinde Krummhörn gezahlt. Entsprechende Haushaltsmittel werden bereitgestellt. Die Aufwands- und Entschädigungssatzung ist entsprechend zu ändern.

- zu 11. **Verkauf von Erbbaugrundstücken
Vorlage: 2021/046**

Der Rat beschließt bei einer Gegenstimme:

Der Tagesordnungspunkt wird zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen.

Der Verwaltungsausschuss wird am 22.03.2022 erneut über den Tagesordnungspunkt beraten.

- zu 12. **Neuaufstellung eines Bebauungsplans Nr. 0539 "Feuerwehr Nord" in Greetsiel und 31. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren
Vorlage: 2021/048**

Der Rat beschließt einstimmig:

- a) **Kenntnisnahme darüber, dass keine abwägungsrelevanten oder der Planung entgegenstehende Stellungnahmen eingegangen sind.**
- b) **Die 31. Änderung des Flächennutzungsplans wird einschließlich der Begründung festgestellt.**
- c) **Die Neuaufstellung des Bebauungsplan Nr. 0539 "Feuerwehr Nord" wird einschließlich der Begründung als Satzung beschlossen.**

zu 13. **Aufstellung eines Bebauungsplans und Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren für den Bereich „Vereinsheim Yachtclub Greetsiel“
Vorlage: 2021/045**

Der Rat beschließt einstimmig:

Für die Errichtung eines Vereinsheimes des Yachtclub Greetsiel wird im Bereich der vorhandenen Steganlage am seeseitigen Deichfuß ein Bauleitplanverfahren eingeleitet (siehe Anlagen). Die festzusetzende Nutzung erfolgt als Sondergebiet „Vereinsheim“. Die erforderlichen Bestimmungen und Verfahren nach dem Baugesetzbuch sind einzuleiten und durchzuführen.

zu 14. **Fortschreibung des Förderprogramms der Gemeinde Krummhörn
Vorlage: 2021/047**

- a) Ratsmitglied Wienbecker wünscht sich, dass das Programm kurz vorgestellt wird.

Fachbereichsleiterin Droll-Dannemann stellt das Förderprogramm vor. Die Gemeinde fördert den Bau eigengenutzter Wohnhäuser und Mietwohnungen, in dem sie dem antragsberechtigten Personenkreis in den Baugebieten gemeindeeigene Bauplätze zu günstigen Konditionen verkauft. Ziel sei es, den Einwohnerstand in der Gemeinde Krummhörn zu sichern.

- b) Ratsmitglied Agena gibt an, dass es sinnvoll sei, die Beschlussvorlage grundsätzlich zu verlesen. Im Ausschuss habe man empfohlen, Mietwohnungen weiterhin zu fördern. Die Beschlussvorlage sieht dies jedoch nun nicht vor.

Bürgermeisterin Looden erläutert, dass der VA der Beschlussempfehlung des Fachausschusses gefolgt sei.

Der Rat beschließt die Fortschreibung des Förderprogramms in folgenden Punkten:

- a) **Benennung der Ortschaften in denen die Förderung auf gemeindeeigenen Bauplätzen gewährt werden kann.**
- b) **Der Hauptwohnsitz ist auf dem Kaufobjekt (Grundstück) zu begründen.**
- c) **Die Möglichkeit zur Förderung von Mietwohnraum entfällt nicht und bleibt somit in der Fortschreibung des Förderprogramms enthalten.**
- d) **Die Förderung erfolgt auf den reinen Grundstückspreis zum Zeitpunkt des Kaufvertrages.**
- e) **Eine bestehende Schwangerschaft ab der 20. Schwangerschaftswoche wird als Kind angerechnet.**

zu 15. **Antrag der Gruppe CDU/S.W.K. vom 17.02.2022**
Vorlage: 2021/087

Bürgermeisterin Looden informiert, dass die CDU/S.W.K.-Fraktion einen Antrag bzgl. der Zahlung angemessener Entgelte für die Reinigungskräfte an den Rat gestellt habe. Das NKomVG sieht jedoch zwingend eine Beratung im Verwaltungsausschuss vor der endgültigen Beschlussfassung des Rates vor. Die Beratung muss mindestens im VA erfolgen.

Der Rat beschließt einstimmig:

Der Tagesordnungspunkt wird zur Vorbereitung an den Personalausschuss des Rates der Gemeinde Krummhörn verwiesen.

**zu 16. Antrag der SPD-Fraktion: Personal für Lese- u. Hausaufgabenhilfe -
"Aufholen nach Corona"
Vorlage: 2016/552**

Bürgermeisterin Looden verliest den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses.

- a) Ratsmitglied Brants informiert, dass sie aktuell eine Nachricht von Herrn Lorenz erhalten habe. Lt. Herrn Lorenz ist der/die pädagogische Mitarbeiter/in von der jeweiligen Schule direkt zu beantragen. Frau Brants möchte wissen, ob die Angelegenheit seitens der Gemeinde damit als erledigt anzusehen ist.

Frau Looden antwortet, dass sie in der Angelegenheit keine Informationen erhalten habe. Sie wird darüber mit Herrn Lorenz sprechen.

- b) Ratsmitglied Looden erläutert, dass die Schulen nach der Corona-Pandemie sowieso Förderunterricht anbieten.

Ratsmitglied Brants berichtet, dass für zwei Jahre zusätzliche pädagogische Kräfte an den Schulen eingestellt werden können. Finanziert werden die Einstellungen aus dem Förderprogramm. Das Förderprogramm läuft bis Juli 2023. Sie appelliert an den Rat schnell zu einer Entscheidung zu kommen.

- c) Ratsmitglied Odens berichtet, dass in der Krummhörn noch kein spezieller Förderunterricht angeboten werde. Die Lehrkräfte werden grundsätzlich vom Land Niedersachsen eingestellt. Ratsmitglied Odens informiert, dass ein großer Förderbedarf an den Schulen besteht.

- d) Ratsmitglied Brants ergänzt, dass zunächst geprüft werde, wer die Stelle beantragen kann. Sie berichtet, dass an der Grundschule Wirdum bereits eine pädagogische Kraft aus dem Fördertopf eingestellt wurde.

Bürgermeisterin Looden erläutert, dass der Auftrag in der Verwaltung bearbeitet werde.

Ratsmitglied Agena wundert sich, dass der Antrag bereits im Bildungs,- Sport- und Kulturausschuss thematisiert wurde. Welche Stelle antragsberechtigt sei, hätte seiner Meinung nach, bereits geklärt werden können. Die Angelegenheit sei sehr wichtig und dringlich. In der heutigen Sitzung sollte ein Grundsatzbeschluss gefasst werden. Gleichzeitig stellt Ratsmitglied Agena den Änderungsantrag.

Ratsmitglied Brants gibt an, dass sie auf die Dringlichkeit hingewiesen habe. Frau Brants sei wichtig, dass der Förderantrag schnell gestellt wird.

- e) Ratsmitglied Ludwig gibt an, dass über den Antrag abgestimmt werden sollte.

Über den Änderungsantrag mit dem Verweis auf die Dringlich- und Wichtigkeit des SPD-Antrages wird abgestimmt.

Der Rat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah zu prüfen, ob pädagogische Mitarbeiter für die Lese- und Hausaufgabenhilfe an den Grundschulstandorten im Rahmen der Förderung eingestellt werden können.

Außerdem wird die Verwaltung beauftragt, pädagogische Mitarbeiter an den Grundschulstandorten einzustellen, wenn das Förderprogramm die Möglichkeit der Finanzierung hergibt.

**zu 17. Antrag der SPD-Fraktion; Entwicklung einer Richtlinie zur finanziellen Unterstützung der Vereine nach der Corona-Pandemie
Vorlage: 2016/569**

Bürgermeisterin Looden verliert die Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses.

- a) Ratsmitglied Jacobsen berichtet, dass die Stadt Norden bereits eine Richtlinie erarbeitet hat. Er schlägt vor, die Richtlinie als Richtschnur zu übernehmen.
- b) Ratsmitglied Smit gibt an, dass im Verwaltungsausschuss eine andere Reihenfolge diskutiert wurde. Die Richtlinie sollte vorab erarbeitet werden und nicht erst nach Bereitstellung der Haushaltsmittel.
- c) Ratsmitglied Wienbeuker ergänzt, dass es ein Förderprogramm für Vereine gebe. Verschiedene Maßnahmen können aus dem Förderprogramm finanziert werden.

Der Rat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, parallel zu den Haushaltsberatungen eine Richtlinie für die Förderung von Vereinen zu entwickeln, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie in finanzielle Not geraten sind.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen sollen die Mittel der Vereinsförderung je nach finanzieller Lage der Kommune erhöht werden.

zu 18. **Antrag der SPD, Ortsbeleuchtung am neuen Rad- und Fußweg an der L 4
Vorlage: 2021/042**

Bürgermeisterin Looden verliest die Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses.

- a) Ratsmitglied Looden fragt an, ob nicht gesetzlich vorgeschrieben sei, an Gefahrenpunkten Straßenlaternen aufzustellen.

Fachbereichsleiterin Droll-Dannemann erläutert, dass es hier um den Antrag der SPD-Fraktion geht. Die SPD-Fraktion hat beantragt, an der Landesstraße zusätzliche Ortsbeleuchtung zu installieren. Die Landesbehörde werde sicherlich im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben die Ortsbeleuchtung aufstellen.

Fachbereichsleiterin Droll-Dannemann zeigt anhand einer Karte die gewünschten Standorte der Ortsbeleuchtungen.

Der Rat beschließt einstimmig:

Im Bereich des neuen Rad- und Fußweges an der L 4 in Grimersum werden drei Ortsbeleuchtungen an den gewünschten Standorten (wie dargestellt) installiert.

**zu 19. Antrag der SPD Fraktion: Erhöhung des Berichtswesens durch die Kämmerin der Gemeinde Krummhörn an die Ratsmitglieder
Vorlage: 2021/058**

Bürgermeisterin Looden erläutert den Tagesordnungspunkt.

- a) Ratsmitglied Looden erläutert, dass durch die Erhöhung des Berichtswesens ein nicht unerheblicher Arbeitsaufwand für die Kämmerin entsteht. Er fragt an, ob die Arbeit zu leisten sei.

Kämmerin Klaassen antwortet, dass der Arbeitsaufwand leistbar sei, wenn die Erhöhung des Berichtswesens beschlossen werde.

Der Rat beschließt einstimmig:

Die Kämmerin berichtet quartalsweise in einer Finanzausschusssitzung über die Entwicklung des Haushaltes mit einer Prognose für das nächste Quartal.

**zu 20. Antrag der fbl-Fraktion auf Änderung der Bauleitplanung (B-Plan 0530) in Greetsiel im Bereich Klaus-Störtebeker-Weg/Edzard Cirksena Straße
Vorlage: 2016/460**

- a) Ratsmitglied Schoof erläutert den Antrag. In der letzten Ratsperiode wurde der Antrag im Oktober 2021 im Planungsausschuss behandelt. Dort wurde zunächst beschlossen, einen Rechtsanwalt zu beauftragen, der juristisch prüft, ob bei Änderung der Bauleitplanung (B-Plan 0530) Schadensersatzforderungen zu erwarten sei.

Das Gutachten liegt zwischenzeitlich vor. Die Siedlung sei in den 50/60 er Jahren entstanden. Die Größe der Grundstücke sei oftmals sehr groß und mit relativ kleinen Einfamilienhäusern bebaut. Die damalige Änderung des Bebauungsplanes zielte darauf ab, die Möglichkeit zu bieten, dass Familienangehörige in zweiter Baureihe ihr Einfamilienhaus errichten können. In einigen wenigen Fällen sei dies auch umgesetzt worden. In den meisten

Fällen seien die Grundstücke jedoch verkauft worden und mit mehreren Appartements bebaut. Die Wohnungen benötigen zudem auch jeweils einen Stellplatz. Die Parkplätze seien zur Straßenfront entstanden, so dass eine große Fläche versiegelt sei. Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Grundstücke pflegeleicht angelegt seien ohne viel Grün.

Für die Einheimischen habe sich zudem das Umfeld stark verändert. Eine Nachbarschaft sei nicht mehr vorhanden.

Ratsmitglied Schoof führt aus, dass in dem Bereich ca. 58 Einfamilienhäusern vorhanden seien und 39 Appartementhäuser. Von den 39 Häusern seien ca. 27 größere Häuser und 12 kleinere Häuser entstanden. Bei den 27 größeren Häusern seien 4 Wohnungen zu verzeichnen und bei den kleineren Häusern ca. 2 Wohnungen. Insgesamt sei eine Kapazität von ca. 500 Betten entstanden.

Nach der noch vorhandenen Möglichkeit der Bebauung könnten weitere 50 Appartementhäuser entstehen.

- b) Ratsmitglied Jacobsen stimmt Herrn Schoof grundsätzlich zu. Die damalige Änderung der Bauleitplanung sei aufgrund der Intension beschlossen worden, Familienangehörige das Bauen in zweiter Reihe zu ermöglichen. Für ihn sei die jetzige Änderung nicht zu Ende gedacht. Für ihn könne in dem Bereich keine Änderung mehr herbeigeführt werden. Dem Antrag werde er aufgrund verschiedener Unbekannte nicht zustimmen. Er wundert sich zudem, dass auf Antrag der fbl-Fraktion im Baugebiet Grachten II Ferienwohnungen zugelassen seien.
- c) Ratsmitglied Keller zeigt anhand von Luftbildern welche Flächen noch zur Verfügung stehen. Die Bilder machen deutlich, dass noch freie Kapazitäten für Investoren bestehen. Die Anlieger befürworten die Einschränkung der Bebauung in dem Bereich. Die damalige Änderung der Bauleitplanung habe sich als Fehler herausgestellt. Er sei der Meinung, den Fehler zu beheben.
- d) Ratsmitglied Schoof ergänzt, dass die fbl-Fraktion vorgeschlagen habe, die gesamte Fläche Grachten II für Einheimische auszuweisen. Zur Finanzierung könne man eine Ferienwohnung errichten. Lt. Prognosen würden evtl. $\frac{1}{4}$ der Bauwilligen die Möglichkeit wahrnehmen. Im Raum Wittmund und Norddeich seien die Bebauungspläne bereits geändert.
- e) Ratsmitglied Looden fragt an, was mit der Öffnung der Büchse der Pandora konkret gemeint sei.
- f) Ratsmitglied Deterts schließt sich den Worten von Ratsmitglied Jacobsen an. Die Chance, das Gebiet Klaus-Störtebeker-Weg/Edzard-Cirksena-Straße zu retten, sei vertan. Die Einschätzung des Juristen besagt, dass es zu prüfen sei, was zu erwarten sei, wenn das Gebiet in ein reines Wohngebiet umgewandelt werde.

- g) Ratsmitglied Agena gibt an, dass er dem Antrag zustimmen würde. Die allgemeine Diskussion über Baugebiete und Versiegelung sei vorhanden. Der öffentliche Raum werde zugepflastert. Er unterstützt den Antrag der fbl-Fraktion.
- h) Ratsmitglied Jacobsen befürchtet, dass man trotz Gutachten verklagbar sei. Er kann sich zudem nicht vorstellen, dass die Anlieger die Änderung befürworten. Durch die Änderung der Bauleitplanung sinkt der Wert des Hauses. Er befürchtet daher auch Klagen der Eigentümer.
- i) Ratsmitglied Odens gibt an, dass die Thematik schwierig sei. Eine einheitliche Meinung sei schwierig herbeizuführen. Er kann beide Seiten verstehen. Grundsätzlich sei er der Meinung, mit einer Änderung anzufangen und zu beginnen. Ihm schwebt vor, die Entwicklung für die gesamte Ortschaft Greetsiel einzuschränken. Durch die Aufstellung von Bebauungsplänen sei es möglich, bestimmte Dinge auch zu heilen.
- j) Ratsmitglied Wienbecker sieht die Änderung der Bauleitplanung als historische Chance an. Er schlägt jedoch vor, den Tagesordnungspunkt zunächst zu vertagen. Ratsmitglied Wienbecker habe weitere offene Fragen, die vorab zu klären seien. Er befürchtet, dass die Investoren in anderen Ortschaften Appartements bauen. Er wünscht sich Informationen über den aktuellen Sachstand in den anderen Ortschaften.

Ratsvorsitzender Ringena gibt den Vorsitz an Ratsmitglied Wienbecker ab.

- k) Ratsmitglied Ringena findet es sehr bedenklich, dass Ratsmitglied Jacobsen das Gebiet aufgibt und die Chance nicht nutzen möchte Änderungen herbeizuführen und der Entwicklung entgegenzuwirken. Die Bewohner hoffen, dass die Veränderung entsteht und keine weitere Investoren Appartements in den Bereichen errichten. Die heutige Zustimmung des Antrags sei ein Anfang und ein erster Schritt für die weitere Entwicklung.

Ratsmitglied Ringena übernimmt den wieder den Vorsitz.

- l) Ratsmitglied Schoof ergänzt, dass in anderen Bereichen der Ortschaft Greetsiel keine vergleichbaren großzügigen Bauvorschriften existieren. Mit der Änderung der Bauleitplanung könne ein erster Schritt signalisiert werden in Richtung Qualitätstourismus.
- m) Ratsmitglied Willms gibt an, dass heute entweder dem Antrag zugestimmt oder abgelehnt werden sollte. Er sei der Meinung, dass das Gutachten vorliegt und nun die Chance genutzt werden sollte, eine Änderung bei der Entwicklung Greetsiels zu bewirken.
- n) Ratsmitglied Ludwig befürwortet den Antrag der fbl-Fraktion. Jeder Greetsieler ist dafür, den Bau von Ferienwohnungen zu stoppen, so lange es nicht das

eigene Grundstück betrifft. Der finanzielle Aspekt ist natürlich da. Das ist verständlicherweise Bitter, aber dann ist das so. Grundsätzlich sei nach Fakten zu urteilen und nicht nach Spekulationen. Dem Gutachten kann entnommen werden, dass bei Änderung der Bauleitplanung keine Schadensersatzforderungen zu befürchten sei. Im Rahmen der damaligen Änderung sei vermutlich ein reines Wohngebiet Intension gewesen. Die Ortschaft Greetsiel halte zudem nicht die Infrastruktur für die Anzahl Gäste vor. Das ursprüngliche Greetsiel sei bereits verloren gegangen. Derzeit besteht in Greetsiel ein Massentourismus. Ratsmitglied Ludwig stimmt dem Antrag der fbl-Fraktion zu. Sollte der Antrag der fbl-Fraktion vertagt werden, schlägt er vor, den Erlass einer Veränderungssperre zu beschließen.

Fachbereichsleiterin Droll-Dannemann informiert, dass im allgemeinen Wohngebiet nicht automatisch Ferienwohnungen zulässig sind. Es kommt auf das Alter des Bebauungsplanes an. Der bestehende Bebauungsplan ist ein älterer Bebauungsplan. Lt. damaliger Baunutzungsverordnung seien Ferienwohnungen in einem allgemeinen Wohngebiet nicht zulässig. Das bedeutet jedoch kein Bestandschutz für nicht genehmigte Ferienwohnungen. Das Gutachten besagt nur, dass wir als Planungshoheitsträger rechtsicher einen Bebauungsplan ändern dürfen.

- o) Bürgermeisterin Looden gibt an, dass der Verwaltungsausschuss den Antrag der fbl-Fraktion abgelehnt habe. Bürgermeisterin Looden sieht den weiteren Gesprächsbedarf und Unklarheiten. Sie schlägt vor, die Thematik am 26.03.2022 zu erläutern. Zunächst müsse eine solide Informationsgrundlage entstehen um eine Entscheidung von großer Tragweite herbeizuführen.
- p) Ratsmitglied Jacobsen fragt an, wie viele Themen am 26.03.2022 zur Beratung anstehen. Der Grundantrag stammt aus dem Jahr 2016. Er kann nicht nachvollziehen, warum nach Jahren weiterhin Beratungsbedarf besteht. Er gibt die Einwohner in Greetsiel nicht auf. Die meisten Anlieger wollen, dass der Bebauungsplan nicht geändert wird. Ratsmitglied Jacobsen erläutert zudem, dass das Baugebiet Grachten II nicht entstanden wäre, wenn man die Lösung 50/50 nicht geschaffen hätte. Ein Baugebiet nur für Einheimische sei nicht realisierbar gewesen.
- q) Ratsmitglied Odens stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, über den Tagesordnungspunkt abzustimmen.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Fachbereichsleiterin Droll-Dannemann informiert, dass der Erlass einer Veränderungssperre beschlossen, aber nicht aktiviert werden kann. Dazu ist ein Aufstellungsbeschluss für die Änderung eines Bebauungsplanes erforderlich.

Ratsvorsitzender Ringena fasst zusammen, dass über die Veränderungssperre nur beschlossen werden kann, wenn auch die Änderung der Bauleitplanung (B-Plan) in Greetsiel im Bereich Klaus-Störtebeker-Weg/Edzard-Cirksena-Straße beschlossen werde.

Ratsvorsitzender Ringena lässt über die Vertagung abstimmen.

Der Rat beschließt bei 5 JA-Stimmen:

Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.

Ratsmitglied Schoof gibt an, dass der Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Diskussion und gleichzeitiger Abstimmung nur von jemanden gestellt werden darf, der sich an der Diskussion nicht beteiligt habe.

r) Ratsmitglied Niebergall stellt den Antrag zur Abstimmung.

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

Ratsvorsitzender Ringena lässt erneut über die Vertagung abstimmen.

Der Rat beschließt bei 5 JA-Stimmen:

Die Vertagung des Antrags der fbl-Fraktion auf Änderung der Bauleitplanung (B-Plan) in Greetsiel im Bereich Klaus-Störtebeker-Weg/Edzard-Cirksena-Straße wird abgelehnt.

Ratsvorsitzender Ringena lässt über den Antrag der fbl-Fraktion abstimmen:

Fachbereichsleiterin Droll-Dannemann informiert, dass für eine Veränderungssperre erforderlich sei, Ziele zu benennen.

Ratsvorsitzender Ringena fragt an, wer dem Antrag der fbl-Fraktion mit der Ergänzung von Ratsmitglied Schoof zustimmen kann.

Der Rat beschließt bei 14 JA-Stimmen und 9 NEIN-Stimmen:

Dem Antrag der fbl-Fraktion auf Änderung der Bauleitplanung (B-Plan) in Greetsiel im Bereich Klaus-Störtebeker-Weg/Edzard-Cirksena-Straße wird angenommen.

Mit der Änderung der Bauleitplanung werden folgende Ziele angestrebt:

Die Rücknahme der baulichen Ausnutzung, die Verringerung der Gebäudehöhe, die Erreichung höherer Grünflächenanteile, eine geringere Einfahrtsbreite, die Zielsetzung ökologischer Gestaltung, in grundsätzlicher Anlehnung einer ursprünglichen Bebauung.

**zu 21. Antrag der fbl-Fraktion auf Erlass einer Veränderungssperre nach § 14 BauGB für den Bebauungsplan Nr. 0530
Vorlage: 2021/089**

Die fbl-Fraktion hat den Erlass einer Veränderungssperre für den Bebauungsplan 0530 beantragt.

Fachbereichsleiterin Droll-Dannemann berichtet, dass eine Veränderungssperre eine zeitlich befristete gesetzliche Sperre sei. Das bedeutet, dass in dem Bebauungsplangebiet bauliche Veränderungen und genehmigungspflichtige bauliche Anlagen, die den Wert eines Gebäudes erhöhen, grundsätzlich befristet nicht zulässig seien. Die zeitliche Befristung beträgt grundsätzlich 2 Jahre, eine Verlängerung auf 3 Jahre ist möglich. Die Veränderungssperre dient dazu den Zeitraum zu überbrücken bis der neue Bebauungsplan in Kraft tritt.

- a) Ratsmitglied Keller erläutert, dass der Fachausschuss einstimmig beschlossen habe, den Antrag anzunehmen. Nach der Sitzung wurde in der Presse darüber berichtet. Nach Berichterstattung seien Investoren gezielt auf Eigentümer zugegangen um einen zügigen Verkauf zu bewirken. Um dies zu vermeiden, sollte eine Veränderungssperre erlassen werden.
- b) Ratsmitglied Artmann gibt zu bedenken, dass durch Erlass einer Veränderungssperre für die gesamte Ortschaft Greetsiel Notverkäufe entstehen könnten.
- c) Ratsmitglied Schoof berichtet, dass durch den Erlass einer Veränderungssperre keine Tatsachen geschaffen werden, die dem künftigen Ziel der Änderung der Bauleitplanung widersprechen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Ratsvorsitzender Ringena lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat beschließt bei 16 JA-Stimmen, 5 NEIN-Stimmen und 3 Enthaltungen:

**Für das Bebauungsplangebiet 0530 wird eine
Veränderungssperre erlassen.**

Fachbereichsleiterin Droll-Dannemann informiert, dass die Veränderungssperre ab dem Tag der Bekanntmachung in Kraft tritt. Die Bekanntmachung kann jedoch erst erfolgen, wenn der Aufstellungsbeschluss auf Änderung des Bebauungsplanes erfolgt ist.

**zu 22. Antrag der Bündnis90 / DIE GRÜNEN; Berichterstattung durch Herrn de Vries, Klimaschutzmanager des Landkreises Aurich, sowie Antrag auf Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes durch die Verwaltung
Vorlage: 2021/020**

Bürgermeisterin Looden erläutert, dass Herr de Vries seinen Vortrag im Umwelt,- und Klimaausschusses gehalten habe. Der Teil des Antrags sei somit bearbeitet. Der Umwelt,- und Klimaausschuss habe zunächst empfohlen, die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes zunächst zu vertagen bis Rückmeldungen seitens der Gemeinde Hinte und der Gemeinde Brookmerland vorliegen.

Der Verwaltungsausschuss sei der Beschlussempfehlung gefolgt.

- a) Ratsmitglied Agena gibt an, dass seine Fraktion bemüht sei konstruktiv im Rat mitzuarbeiten und Mehrheiten für die gestellten Anträge zu finden. In dieser Angelegenheit zeichnete sich ab, dass die Mehrheit nicht auf Anhieb erreicht werde. Er sei somit damit einverstanden gewesen, zunächst Kontakt mit der Gemeinde Hinte und der Gemeinde Brookmerland aufnehmen, da eine Zusammenarbeit für die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes gewünscht sei. In der Presse sei der Eindruck entstanden, mit der Gemeinde Hinte zusammenarbeiten zu wollen, um evtl. finanzielle Vorteile durch die Finanzschwäche der Gemeinde Hinte zu erhalten. Der Eindruck sei nicht richtig.

Bürgermeisterin Looden ergänzt, dass der Weg noch ausgelotet werde. Sollte keine Zusammenarbeit gewünscht sein, werde man das Klimaschutzkonzept voraussichtlich alleine erstellen.

- b) Ratsmitglied Smit informiert, dass auf Antrag der SPD-Fraktion Frau Kracke, Klimaschutzmanagerin der Stadt Norden, in der nächsten Umwelt,- und Klimaausschusssitzung über ihre Tätigkeit berichten werde.

Der Rat beschließt einstimmig:

Der Antrag der Bündnis90/Die GRÜNEN auf Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes wird vorerst vertagt.

**zu 23. Antrag der S.W.K. Fraktion, Einrichtung eines Spielplatzes (Freizeitfläche) in der Ortschaft Pewsum
Vorlage: 2021/043**

Ratsmitglied Wienbeucker appelliert an alle, eine Freizeitfläche für Pewsum als Zentrum der Gemeinde Krummhörn zu errichten. Als mögliche Idee wäre der Standort hinter dem Udo-Solick-Bad möglich um dann das Schwimmbad und Jugendhaus mit einzubeziehen.

- a) Ratsmitglied Brants erläutert, dass das Förderprogramm „Startklar in die Zukunft“ Fördermittel für Jugendplätze bis zu 35.000,00 € zur Verfügung stellt. Die Fördermittel müssen bis September 2022 beantragt werden.
- b) Ratsmitglied Agena informiert, dass in der heutigen Ostfriesen-Zeitung berichtet wurde, dass die Gemeinde Südbrookmerland einen ähnlichen Platz in der Nähe des Jugendzentrums errichtet. Für die dortige Maßnahme werden 90 % Fördermittel zur Verfügung gestellt. Zudem weist Herr Agena darauf hin, dass aus seiner Sicht die Schaffung der Stelle eines Fördermittelmanagers durchaus sinnvoll sei.
- c) Ratsmitglied Looden gibt an, dass der Antrag für ihn zu unkonkret sei. Wenn ein Spielplatz gebaut werden, dann dort wo viele Kinder zu erwarten seien.
- d) Für Ratsmitglied Wübbena sei es wichtig, die Begrifflichkeiten zu konkretisieren. Ein Spielplatz sei zunächst für kleinere Kinder attraktiv. Die Fläche soll aber alle Generationen ansprechen. Die Nutzung eines Spielplatzes in einem Baugebiet sei zudem, altersbedingt, nur für einen gewissen Zeitraum gegeben.
- e) Ratsmitglied Willms schildert, dass er der Auffassung sei, dass der Antrag zunächst auf den Weg gebracht werden sollte. Konkretisierungen sollten in den Beratungen erfolgen. Die Fläche sei grundsätzlich als Kombination gedacht, in Verbindung mit einem Spielplatz und einer Freizeitfläche. Die Errichtung bietet zudem die Chance das Jugendhaus neu zu beleben.
- f) Ratsmitglied Booken ergänzt, dass der Antrag darauf abzielt, eine Freizeitfläche zu errichten. Die Freizeitfläche soll alle Generationen ansprechen. Eine Anlaufstelle in der Ortschaft Pewsum fehlt derzeit, die alle Altersgruppen verbindet und als Treffpunkt dient.

- g) Ratsmitglied Wübbena gibt an, dass befürwortet den Spielplatz bzw. Freizeitfläche nicht an ein Baugebiet zu binden.
- h) Ratsmitglied Brants verweist auf die Schilderungen von Herrn Behringer im Bildungs,- Sport- und Kulturausschuss. Das Jugendhaus werde derzeit nicht, wie gewünscht, genutzt und angenommen.
- i) Ratsmitglied Booken stimmt den Ausführungen von Ratsmitglied Wübbena und Brants zu. Zudem möchte sich die Schwimmsparte einbringen um die Fläche mit Leben zu füllen.
- j) Ratsmitglied Keller befürwortet grundsätzlich den Antrag. Jedoch fehlen ihm weitere Informationen. Er schlägt vor, einen Arbeitskreis mit Personen aus verschiedenen Bereichen zu bilden.
- k) Ratsmitglied Wienbeuker gibt an, dass im Antrag verschiedene Wege erläutert wurden. Im Antrag wurde genannt, Fördermittel einzuwerben und/oder zu prüfen, ob Flächen verkauft werden können um finanzielle Einnahmen für die Errichtung der Fläche zu erzielen. Auch die Möglichkeit einen Arbeitskreis zu gründen, wurde als Vorschlag eingebracht. Der Antrag zielt zunächst darauf ab, einen Grundsatzbeschluss für die Entwicklung einer Freizeitfläche herbeizuführen.
- l) Ratsmitglied Odens gibt an, dass der Antrag zunächst im Fachausschuss und in den Fraktionen beraten werden muss, bevor über die eigentliche Errichtung einer Freizeitfläche abgestimmt werden kann.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Der Rat beschließt einstimmig:

Der Antrag der S.W.K-Fraktion auf Errichtung eines Spielplatzes (Freizeitfläche) in der Ortschaft Pewsum wird zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, in die Planungen einer möglichen Freizeitfläche einzusteigen und mögliche Fördermittel einzuwerben. Zudem soll geprüft werden, welche Flächen verkauft werden können um zusätzliche finanzielle Mittel für die Errichtung einer Freizeitfläche zu erhalten.

**zu 24. Antrag der S.W.K. Fraktion, Planung der Erweiterung des Baugebietes
"Escherweg", Pewsum
Vorlage: 2021/044**

Bürgermeisterin Looden verliest die Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses. Der Verwaltungsausschuss hat empfohlen, den Antrag der S.W.K.-Fraktion auf Erweiterung des Baugebietes Escherweg zur Beratung an die Fraktionen zu verweisen.

- a) Ratsmitglied Odens merkt an, dass durch ein neues weiteres Baugebiet ein erhöhtes Verkehrsaufkommen entstehen würde. Für die weitere Entwicklung sei es sinnvoll auch andere Flächen bei der Beratung zu berücksichtigen. Insgesamt müsse darüber beraten werden, inwiefern Pewsum weiterentwickelt werden soll. In kleineren Ortschaften werde es zudem künftig weitere Baugebiete zu errichten. Zudem könnte eine Umgehungsstraße mit geplant werden um den Ortskern verkehrsrechtlich zu entlasten. Eine Beschränkung auf die Erweiterung des Baugebietes Escherweg sieht es nicht als sinnvoll an.
- b) Ratsmitglied Agena gibt an, dass der Eindruck entsteht, dass die grundsätzliche Weiterentwicklung Konsens sei. Das kann er nicht so bestätigen. Über die Thematik müsse beraten werden. Die Klausurtagung am 26.03.2022 sollte zunächst abgewartet werden.
- c) Ratsmitglied Booken befürwortet die Vertagung dahingehend, dass am 26.03.2022 die Verwaltung mögliche Potentialflächen für die Entwicklung eines weiteren Baugebietes vorschlägt. Zudem wünscht sich Ratsmitglied Booken eine Fläche, die kurzfristig zur Bebauung freigegeben werden kann.
- d) Ratsmitglied Looden berichtet, dass die Nachfrage nach weiteren Baugrundstücken vorhanden sei. Eine Weiterentwicklung in Pewsum sei erforderlich.
- e) Ratsmitglied Booken fügt hinzu, dass sie der Meinung sei, dass das Baugebiet „Escherweg“ am kurzfristigsten erweitert werden kann.
- f) Ratsmitglied Cirksena gibt an, dass die Dringlichkeit bekannt sei. Durch die Entstehung des Baugebietes mit 50 Baugrundstücken werde das Verkehrsaufkommen im Ortskern stark erhöht. Eine mögliche Erweiterung des Baugebietes würde die Verkehrslage weiter belasten. Durch die fehlende

Umgehungsstraße müssten die Anwohner die Straße des I. Bauabschnittes nutzen um in den Ortskern zu fahren. Ihm schwebt vor, eine Fläche Richtung Canum zu entwickeln.

- g) Ratsmitglied Willms befürwortet den Vorschlag, die Klausurtagung am 26.03.2022 zunächst abzuwarten um dort fundierte Aussagen und Ideen zu erhalten. Der Antrag sei zunächst zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen worden.
- h) Ratsmitglied Wienbeuker sagt, dass es versäumt wurde, eine Umgehungsstraße zu errichten. Politisch sei es wichtig, auf die Verkehrssituation in der Krummhörn aufmerksam zu machen. Für ihn sei das erhöhte Verkehrsaufkommen ebenfalls ein wichtiges Thema, das zu beraten gilt.

Weitere Wortbeiträge ergeben sich nicht.

Der Rat beschließt einstimmig:

Der Antrag der S.W.K. – Fraktion auf Erweiterung des Baugebietes „Escherweg“ und Bereitstellung der Haushaltsmittel in den Haushalt 2022/2023 wird zur weiteren Beratung an die Fraktionen verwiesen.

- zu 25. **Antrag aller Fraktionen: Beteiligung an den Planungskosten für den Bürgerradweg an der L4 zwischen Grimersumer-Neuland und der K 223 (Störtebekerstraße)
Vorlage: 2021/061**

Ratsmitglied Agena informiert, dass ein Verein gegründet wurde, der sich bemüht, dass der Bürgerradweg errichtet werde. Er bedankt sich bei den beteiligten Kommunen, die die Kostenübernahme für die Planungskosten zugesagt haben. Zielsetzung sei es, die restlichen Gelder als Verein einzuwerben.

Der Rat beschließt einstimmig:

Es werden 10.000,00 € für die Beteiligung an den Planungskosten des Bürgerradweges an der L 4 zwischen Grimersumer Neuland und der

**K 223 (Störtebekerstraße) im Haushaltsjahr
2022 eingestellt.**

**zu 26. Antrag des Ratsmitglieds Andreas Kirchhoff auf Freigabe zur Bebauung der
Flächen im Bereich der Äußeren Ringstraße und Lange Lohne in Rysum
Vorlage: 2021/035**

Bürgermeisterin Looden verliest die Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses.

- a) Ratsmitglied Kirchhoff erläutert den Antrag. Die zur Verfügung stehende Fläche an der „Äußeren Ringstraße“ und „Lange Lohne“ soll zur Bebauung für junge Bauwillige freigegeben werden. Die vorgeschlagenen Flächen werden anderweitig nicht mehr genutzt und könnten bebaut werden.
- b) Ratsmitglied Schoof fragt an, wie viele Bauplätze dort entstehen könnten und welche Bauvorschriften einzuhalten seien.

Ratsmitglied Schoof schlägt vor, die Angelegenheit zunächst im Infrastruktur,- und Planungsausschuss zu beraten.
- c) Ratsmitglied Kirchhoff bevorzugt, die Grundstücke an Einheimische zu verkaufen. Die Bebauung sollte den örtlichen Gegebenheiten entsprechen.
- d) Ratsmitglied Willms ergänzt, dass im dortigen Bereich keine Stadtvillen und Bungalows erlaubt seien. Grundsätzlich sollten Baugrundstücke für Bauwillige geschaffen werden.
- e) Ratsmitglied Wienbecker stimmt Herrn Kirchhoff zu. Lückenbebauung sei gewünscht. Zukünftig sollten Anträge jedoch zudem in den Fachausschüssen beraten werden.
- f) Stv. Fachbereichsleiterin Peters stellt die Flächen anhand von Kartenmaterial dar. Nach Rücksprache mit dem Landkreis Aurich sei dort eine Bebauung möglich. Zu beachten sei, dass dort der Friedhof angesiedelt sei. Die Grünfläche als Verlängerung des Friedhofes könne nicht bebaut werden. Grundsätzlich wäre eine Bebauung möglich. In welcher Form, sollte jedoch im Fachausschuss beraten werden.

Der Rat beschließt einstimmig:

Die gekennzeichnete Fläche an der „Äußeren Ringstraße“ und der „Lange Lohne“ sind für die innerörtliche Bebauung freizugeben.

**zu 27. Satzung für die Freiwillige Feuerwehr in der Gemeinde Krummhörn.
Vorlage: 2021/088**

Fachbereichsleiter Beek erläutert den Tagesordnungspunkt. Am 7.12.2021 sei die Änderung des Feuerwehrbedarfsplanes beschlossen. In diesem Zusammenhang auch die Zusammenlegung der Feuerwehren Canum-Freepsum und Pewsum-Woltzeten zum Standort Feuerwehr Krummhörn - Mitte.

Aufgrund dessen sei es erforderlich die Satzung zu ändern. Zwischenzeit hat die Aufsichtsbehörde der Zusammenlegung zugestimmt.

Über die Satzungsänderung sei nunmehr zu entscheiden.

Der Rat beschließt einstimmig:

Die als Anlage beigefügte Satzung für die Freiwillige Feuerwehr in der Gemeinde Krummhörn wird beschlossen.

**zu 28. Antrag der Bündnis90/ Die GRÜNEN; Vortrag durch den Leiter des Dezernates Biosphärenreservat der Nationalparkverwaltung, Jürgen Rahmel, über die Entwicklungszone der Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer und möglichen Beitritt
Vorlage: 2021/031**

Bürgermeisterin Looden erläutert den Tagesordnungspunkt. Die Bündnis90/Die GRÜNEN-Fraktion hat beantragt, dass der Leiter des Dezernates Biosphärenreservat Herr Rahmel über den möglichen Beitritt zur Entwicklungszone referiert. Herr Rahmel hat zwischenzeitlich über die Thematik im Umwelt,- und Klimaausschuss berichtet. Ferner geht es nunmehr darum, über den Beitritt in die Entwicklungszone zu entscheiden. Der Verwaltungsausschuss sei der Beschlussempfehlung des Fachausschusses gefolgt und habe den Beitritt abgelehnt.

- a) Ratsmitglied Agena ergänzt, dass es trotz Empfehlung der Ablehnung des Beitritts wichtig sei, heute darüber zu beraten und zu entscheiden. Mit der Entscheidung zum Beitritt könne ein Bekenntnis abgelegt werden, sich der Nachhaltigkeit verpflichtet zu fühlen. Die Diskussion im Umwelt,- und Klimaausschuss vermittelte den Eindruck, dass nur die Landwirtschaft von dieser Entscheidung betroffen sei. Die Entscheidung zum Beitritt in die Biosphärenregion sei eine Angelegenheit für alle Krummhörnerinnen und Krummhörner, für die Wirtschaft, Handel und Tourismus. Im Fachausschuss offenbarte ein tiefes Misstrauen gegenüber staatliches Handeln. Es gibt die Wege einen Beirat zu bilden und die Möglichkeit des Austritts. Ratsmitglied Agena sei der Meinung, dass Gesetze und Auflagen für die Landwirtschaft in Bezug auf Artenschutz, Gewässerschutz und Naturschutz werden sowieso verabschiedet. Er appelliert, dem Beitritt in die Entwicklungszone Biosphärenregion zuzustimmen.
- b) Ratsmitglied Smit stimmt der Schilderung von Ratsmitglied Agena dahingehend zu, dass die Diskussion im Fachausschuss sehr agrarlastig gewesen sei. Die Landwirtschaft habe in der Vergangenheit aber die Erfahrung gemacht, was die Ausweisung von Schutzgebieten betrifft. Die Umsetzung entsprach nicht den vorangegangenen Wortlauten der Entscheidungsträger. Tatsache sei, dass durch den Beitritt in die Entwicklungszone Biosphärenregion keine direkten Nachteile entstehen – jedoch aber auch keine direkten Vorteile. Es werden z.B. keine weiteren Gelder freigegeben. Evtl. erhält man im Rahmen der Fördermittelvergabe durch den Beitritt einige Punkte mehr im Rankingverfahren.
- c) Ratsmitglied Odens schildert das mögliche Risiko. Im Natura2000-Gebiet sei z.B. kein Radweg mehr möglich. Die Erfahrungen haben in der Vergangenheit die Landwirte gemacht. Ein Minister habe das Risiko ausgeschlossen. Im Nachgang stellten sich die Nachteile doch heraus. Außerdem seien weitere Windparks nicht mehr möglich.
- d) Ratsmitglied Wienbeuker ergänzt die weiteren Verordnungen, die bereits jetzt Einschränkungen bringen. Er stimmt den Beitritt in die Entwicklungszone nicht zu.
- e) Ratsmitglied Cirksena berichtet außerdem über die Schutzzone I, II und III, den Denkmalschutz und z.B. das Deichbetretungsverbot. Für ihn bestehen bereits jetzt ausreichend Schutzgebiete.

Bürgermeisterin Looden fasst zusammen, dass es grundsätzlich nicht um die Entwicklungszone geht. Die Schutzgebiete seien bereits jetzt ausreichend vorhanden. Weitere Schutzzonen treffen nicht auf Akzeptanz. Sie erkennt für den Tourismus jedoch auch eindeutige Vorteile durch den Beitritt in die Entwicklungszone.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Der Rat beschließt bei 2 JA-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag der Bündnis90/ Die GRÜNEN-Fraktion auf Beitritt in die Entwicklungszone Biosphärenregion Niedersächsisches Wattenmeer wird abgelehnt.

zu 29. Bericht der Bürgermeisterin

- a) Bürgermeisterin Looden berichtet, dass am 7.12.2021 Ratsmitglied Wienbeucker angefragt habe, wie mit Anträgen von Grundmandatsinhabern in den Ausschüssen zu verfahren sei.

Grundmandatsinhaber können sich vertreten lassen. Bis auf das Stimmrecht sei der Grundmandatsinhaber vollberechtigtes Ausschussmitglied. Das Mitglied hat somit auch das Antrags- und Fragerecht.

Ratsmitglied Agena bedankt sich dafür, dass die Thematik zur Sprache kommt. Zudem bedankt sich Ratsmitglied Agena bei der CDU und S.W.K.-Fraktion für den zusätzlichen Sitz im Fachausschuss.

- b) Bürgermeisterin Looden erläutert, dass die Ortsvorsteher rechtzeitig über das Abbrennen der Osterfeuer informiert werden. Sie geht davon aus, dass das Abbrennen der Osterfeuer unter Einhaltung der aktuellen Corona-Regeln erlaubt sei.

zu 30. Beantwortung der schriftlich eingereichten Anfragen

Schriftlich eingereichte Anfragen liegen nicht vor.

zu 31. Wünsche und Anregungen

- a) Ratsmitglied Willms wundert sich über den Presseartikel im Zusammenhang mit der Situation des Schuhhauses Ulferts/Praxmarer. Er habe in der Angelegenheit andere Informationen.

Bürgermeisterin Looden gibt an, dass der Beschluss gefasst wurde, einen Teil des Grundstückes der Manningastraße 5 zu erwerben. Der Kauf sei bisher jedoch noch nicht konkret umgesetzt. Entscheidungen über Kündigungen konnten daher seitens der Gemeinde nicht getroffen werden. In der Vergangenheit habe ihr Vorgänger und auch sie persönlich Gespräche mit den Betreibern des Schuhhauses gesprochen. Andere Standortmöglichkeiten seien jedoch abgelehnt worden. Grundsätzlich habe man sich bemüht, das Schuhgeschäft zu halten. In der Presse sei die Situation anders dargestellt worden.

- b) Ratsmitglied Artmann spricht die Flüchtlingssituation aufgrund des Ukraine-Krieges an. Er konnte den Medien bisher entnehmen, dass einige Kommunen Flüchtlinge aufnehmen. Er habe den Wunsch, dass die Verwaltung prüft, inwiefern Flüchtlinge aufgenommen werden. Zudem wünscht er sich, die Bereitschaft der Aufnahme eindeutig zu signalisieren.

Bürgermeisterin Looden informiert, dass die Flüchtlingskoordination über den Landkreis Aurich erfolgt. Bisher habe man keine Informationen seitens des Landkreises erhalten.

- c) Ratsmitglied Looden wünscht sich, dass alle Tagesordnungspunkt und Anträge ins Ratsinformationssystem eingestellt werden.
- d) Ratsmitglied Ludwig schildert, dass er im Vorfeld bestimmte Dinge über die Ratsarbeit gehört habe. In früheren Sitzungen sei es scheinbar nicht immer friedlich zugegangen. Ratsmitglied Ludwig erwähnt, dass er jedoch bisher die Erfahrung gemacht habe, dass die Ratsarbeit sehr gut funktioniert. In den Sitzungen seien die Meinungen sachlich vorgebracht. Er findet es schade, dass nach der Sitzung, wie nach der Bildungs,- Sport,- und Kulturausschusssitzung, die Presse darüber berichtet habe, dass der Zoff in der Gemeinde Krummhörn wieder eingekehrt sei. Die Diskussion sei im Zuschauerbereich entstanden. Es ist nicht immer das richtig, was am lautesten von sich gegeben wird. Bisher werde immer vernünftig und sachlich im Rat von allen Seiten diskutiert.
- e) Ratsmitglied Smit kritisiert, dass die Sitzungsvorlagen bzw. Tagesordnungspunkt nicht näher erläutert werden. Die Zuschauer wissen oftmals nicht, worüber abgestimmt werde.
- f) Ratsmitglied Odens stimmt den Worten von Ratsmitglied Ludwig zu. Er wünscht sich eine objektive Berichterstattung seitens der Presse. Er erlebt derzeit auch eine positive Stimmung im Rat. Er findet es schade, dass die positive Wandlung und Stimmung von der Presse nicht wahrgenommen werde.
- g) Ratsmitglied Wienbeuker spricht das Bürgerinformationsportal an. Es wurde beantragt, die Sitzungsvorlagen ins Bürgerinformationsportal einzustellen.

zu 32. Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

- a) Ortsvorsteherin Oldewurtel fragt an, was am 26.03. stattfindet.

Ratsvorsitzender Ringena antwortet, dass am 26.03. eine nichtöffentliche Klausurtagung zum Thema „Bauen“ stattfindet.

- b) Ortsvorsteher Voß stimmt den Worten von Ratsmitglied Smit zu. Ihm war es nicht immer möglich, die Sitzung zu verfolgen. Zeitweise konnte er die Vorlagen nicht lesen. Zwischendurch war es ihm aber möglich.

zu 33. Schließung der öffentlichen Sitzung

Ratsvorsitzender Ringena schließt die Sitzung um 21:28 Uhr.

Heiko Ringena
Ratsvorsitzender

Hilke Looden
Bürgermeisterin

Ilona Baumann
Protokollführung